

Nach zähem Ringen

Claudia Buch wird neue Vizepräsidentin der Bundesbank

24.02.2014



dpa/Maurizio Gambarini Claudia M. Buch.

Die Wirtschaftsweise Claudia Buch soll am Mittwoch zur Vizepräsidentin der Bundesbank gewählt werden. Sie leitete bisher das Institut für Wirtschaftsforschung in Halle. Die Wahl wäre das Ende eines Tauziehens zwischen SPD und CDU.

Das Geschachere um die Besetzung der Bundesbank-Spitze nach der Regierungsbildung ist fast schon Tradition. Diesmal geht es um den prestigeträchtigen Vize-Posten. Und einmal mehr dreht sich das politische Gefeilsche dabei weniger um Fachwissen als vielmehr um das passende Parteibuch und - diesmal auch - um die Besetzung von Top-Jobs mit Frauen.

Die Hängepartie scheint entschieden: Die "Wirtschaftsweise" und anerkannte Banken-Expertin Claudia Buch soll Stellvertreterin von Bundesbank-Chef Jens Weidmann werden. Sie könnte schon bald vom Kabinett berufen werden. Ein entsprechender "Spiegel"-Bericht wurde am Wochenende jedenfalls nicht dementiert.

Damit hätte sich Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) gegenüber SPD-Chef Sigmar Gabriel durchgesetzt. Der wollte den bisherigen Bundesbank-Vorstand Joachim Nagel befördern. Der Vize-Kanzler wird nun auf Kompensation pochen. Am Ende wird ein größeres Personalpaket geschnürt, bei dem Spitzenämter nach schwarz-rotem Proporz verteilt werden. Die Bundesbank darf wieder nur zuschauen.

Bisherige Vize geht zur EZB

Auslöser für das jüngste Hickhack ist der Weggang von Sabine Lautenschläger. Die bisherige Bundesbank-Vizepräsidentin wechselte in die Spitze der Europäischen Zentralbank (EZB), nachdem der bisherige EZB-Direktor Jörg Asmussen SPD-Staatssekretär im Arbeitsministerium wurde. Das Vorschlagsrecht für den Vizeposten bei der Bundesbank hat die Bundesregierung.

An der fachlichen Kompetenz von Buch hatten eigentlich auch die Sozialdemokraten nichts auszusetzen. Die 47 Jahre alte Chefin des Instituts für Wirtschaftsforschung in Halle (IWH) hat in der Branche einen exzellenten Ruf. Die Wirtschaftsprofessorin habe aber keine politische und keine größere Verwaltungserfahrung, monierten die Sozialdemokraten. Und es müsse ja nicht schon wieder ein externer Vertreter in die Spitze der Notenbank aufrücken.

Es gebe schließlich auch im eigenen Haus geeignete Kandidaten - wie eben Nagel (47). Der ist schon seit 15 Jahren bei der Bundesbank. Seit Ende 2010 sitzt der promovierte Volkswirt in deren Vorstand - zuständig für Märkte und Informationstechnologie. Vor allem aber: Vor 20 Jahren war Nagel für kurze Zeit Referent für Wirtschafts- und Finanzpolitik im SPD-Bundesausschuss.

Buch kritisiert Mindestlohn und Rentenpläne

Womöglich nimmt die SPD Buch auch übel, dass sie - wie andere "Wirtschaftsweiser" - zentrale Vorhaben wie den gesetzlichen Mindestlohn oder die Rentenpläne von SPD und Union kritisierte.

Die Bundesbank ist erneut in die Rolle des Beobachters gedrängt - und das in einer Zeit, in der die europäische Bankenaufsicht neu geordnet wird. Seit Jahren wird die Praxis beklagt, Politiker mit lukrativen Posten bei der Notenbank zu versorgen.

Schließlich reden auch die Länder ein Wort mit. Denn die Besetzung eines freiwerdenden Vorstandspostens steht dem Bundesrat zu. Und in dem Fall nutzen die Bundesländer, die das informelle Vorschlagsrecht haben, dieses gern, um Landespolitiker in gut bezahlte Jobs in der Bankenmetropole Frankfurt zu hieven.

Auch wenn der dezimierte Bundesbank-Vorstand zweifelsohne arbeitsfähig ist: Die neuerliche Hin und Her tut keinem der Beteiligten gut. Zumindest hinter vorgehaltener Hand heißt es in Frankfurt: "Es wäre gut, wenn bald eine Entscheidung fällt."

Die scheint nun getroffen zu sein, die SPD hat ihren Widerstand wohl aufgegeben. Frauenministerin Manuela Schwesig (SPD) jedenfalls sprach sich am Wochenende für Buch aus, ohne deren Namen zu nennen. Sie konnte - ohne Rüffel aus den eigenen Reihen - fordern, die Bundesregierung sollte mit gutem Beispiel vorangehen und den Anteil von Frauen in Bundesgremien erhöhen: "Deshalb erwarte ich, dass die Position der Vize-Präsidentin wieder mit einer Frau besetzt wird."

Zwar ist die große Koalition wegen der Edathy-Affäre im Moment vor allem mit sich selbst beschäftigt. Klar war aber, dass Schäuble nicht nachgeben wird. Gabriel konnte wegen der Edathy-Affäre nicht so auftrumpfen, wie er eigentlich gern wollte.

Nun läuft es auf ein schwarz-rotes Tauschgeschäft hinaus. So muss auch die Spitze beim Bundesrechnungshof neu besetzt werden, ebenso an zwei der obersten Bundesgerichte. Und

wenn Buch zur Bundesbank wechselt, müssen die Koalitionäre gleich einen weiteren Top-Job in ihre Posten-Rochade einbeziehen: den bei den "Wirtschaftsweisen".